Zeitschrift: Protar

Herausgeber: Schweizerische Luftschutz-Offiziersgesellschaft; Schweizerische Gesellschaft der Offiziere des Territorialdienstes

Band: 22 (1956)

Heft: 3-4

Artikel: Betriebsschutz in Spitälern und Anstalten

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-363637

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Jede Nivellierung des Militärbudgets bedeutet Abrüstung!

Der sozialdemokratische schwedische Verteidigungsminister über die künftigen Wehraufwendungen

H. A. In einem Kurs von Sparexperten hielt Minister Torsten Nilsson, der sozialdemokratische schwedische Verteidigungsminister, einen Vortrag über das Militärbudget, wobei er darauf hinwies, dass es allein die technische Entwicklung ist, die den finanziellen Mehrbedarf der Landesverteidigung verursacht. Er stellte auch fest, dass es auf weite Sicht nicht möglich sein werde, die heute etwas über zwei Milliarden Kronen betragenden schwedischen Militärausgaben auf der bisherigen Höhe festzuhalten. Bei der sehr raschen militärtechnischen Entwicklung müsste eine Bindung der Ausgaben für die Landesverteidigung an ein nominell unverändertes Niveau allmählich zu einer Aushöhlung der Verteidigungsorganisation führen, vor allem dann, wenn mit weiteren Preis- und Lohnsteigerungen gerechnet werden muss. Wenn wir der Auffassung sind, erklärte Torsten Nilsson, dass der gegenwärtige Umfang der Landesverteidigung, der darauf ausgerichtet ist, keinen Landesteil ohne Widerstand aufzugeben, beibehalten werden soll, so müsse man sich auch mit dem Gedanken einer allmählichen Erhöhung der Verteidigungskosten abfinden.

Auf der anderen Seite muss selbstverständlich darauf geachtet werden, dass die Grösse des Opfers für die Landesverteidigung auf dem Hintergrund unserer ökonomischen Möglichkeiten beurteilt wird. Wir müssen darauf achten, dass die Ausgaben für militärische Massnahmen nicht ein Niveau erreichen, das für die Mitbürger schwer tragbar wird oder andere, für das Leben der Nation wichtige Einrichtungen darunter leiden. In Schweden kann aber heute mit einer weiteren Produktionssteigerung gerechnet werden, wobei der sozialdemokratische Verteidigungsminister darauf hinwies, dass es volkswirtschaftlich durchaus möglich und verantwortbar sei, einen Teil dieser Produktionssteigerung der Landesverteidigung zukommen zu lassen, damit ihre Schlagkraft erhalten bleibe. Die Militärausgaben Schwedens betragen heute 4,6 % des Brutto-Nationaleinkommens (in der Schweiz 3,5 %; Red.), während sie in den Jahren 1953 bis 1954 auf 5 % anstiegen. In der gleichen Zeit ist aber das reale Brutto-Nationaleinkommen um 10 % angestiegen. Torsten Nilsson machte darauf aufmerksam, dass die Einsparungen, die auf den verschiedenen Gebieten der Landesverteidigung durch Rationalisierung erreicht werden können, keine ins Gewicht fallende Gesamtreduktion der Verteidigungsausgaben ergeben. Eine entscheidende Reduktion der Wehrausgaben kann nur auf Kosten der Organisation erreicht werden, das würde aber für Schweden die Abrüstung bedeuten, dafür sei aber die Zeit heute nicht reif.

ZIVILSCHUTZ

Betriebsschutz in Spitälern und Anstalten

(Aus einem Kreisschreiben der Abteilung für Luftschutz vom 16. Februar 1956)

Den Fragen des Spitalschutezs kommt im Rahmen der zivilen Schutzmassnahmen eine sehr grosse Bedeutung zu; dieses Sachgebiet muss vorweg und getrennt von den übrigen Anstalten in Verbindung mit den interessierten Stellen bearbeitet werden.

In diesem Sinne wurde die erweiterte Fachkommission für den Schutz der Spitäler und Krankenanstalten am 13. Oktober 1955 zu einer Sitzung einberufen, um zu den Fragen Stellung zu nehmen. In dieser Kommission sind vertreten:

der Verband schweizerischer Krankenanstalten (VESKA);
die Konferenz der kantonalen Sanitätsdirektoren;
das Eidgenössische Gesundheitsamt;
das Schweizerische Rote Kreuz;
die Abteilung für Sanität;
die Generalstabsabteilung, Territorialdienst;
die Abteilung für Luftschutz.

Aus den Beratungen der Fachkommission gingen u. a. folgende Entschlüsse hervor: Die Probleme des Spitalschutzes können nicht für sich allein, sondern nur im Zusammenhang mit denjenigen der gesamten Anforderungen an die Spitäler im Kriegsfalle behandelt und gelöst werden. Vorgängig der Aufstellung von Vorschriften sind an konkreten Beispielen verschiedene Studien notwendig.

Die Abteilung für Luftschutz wurde beauftragt, die gesamten Fragen weiter zu bearbeiten und in Verbindung mit den Kantonen in verschiedenen Ortschaften über die Spitäler und Krankenanstalten Erhebungen durchzuführen. Der Zweck dieser Erhebungen ist, über die mutmassliche Aufnahmefähigkeit der Spitäler in den einzelnen Ortschaften nach massiven Bombardierungen möglichst zuverlässige Angaben zu erhalten, um damit für die weitere Bearbeitung der Probleme in Zusammenarbeit mit der Fachkommission die nötigen Unterlagen zu erhalten.